

## Ein Lexikon für Katastrophen

Russland strebt Rüstungskontrollabkommen an, um eine gefährliche Eskalation zu verhindern. Die USA hingegen streben nur nach einem einseitigen Vorteil. Wenn sich dies nicht ändert, besteht die Gefahr eines totalen Konflikts.

Scott Ritter

Am 8. Dezember jährte sich zum 35. Mal die Unterzeichnung des INF-Vertrags (Intermediate Nuclear Forces). Dieser Meilenstein der Rüstungskontrolle war das Ergebnis jahrelanger Verhandlungen, die durch den politischen Mut des US-Präsidenten Ronald Reagan und des sowjetischen Generalsekretärs Michail Gorbatschow gekrönt wurden, die den Vertrag gemeinsam unterzeichneten und seine Ratifizierung durch ihre jeweiligen Parlamente beaufsichtigten.

Die ersten Inspektoren nahmen am 1. Juli 1988 ihre Arbeit auf. Ich hatte das Glück, einer davon zu sein.

Im August 2019 zog der damalige Präsident Donald Trump die USA aus dem INF-Vertrag zurück; Russland folgte kurz darauf, und dieses grundlegende Rüstungskontrollabkommen war nicht mehr existent.

### **Der Niedergang der Rüstungskontrolle**

Die Beendigung des INF-Vertrags ist Teil eines allgemeinen Trends, der dazu geführt hat, dass die Rüstungskontrolle als Institution – und als Konzept – in den Augen der politischen Entscheidungsträger sowohl in Washington als auch in Moskau an Bedeutung verloren hat. Dies wurde mir während eines zweitägigen Treffens zum INF-Jubiläum mit erfahrenen Waffenkontrolleuren aus den USA und Russland deutlich vor Augen geführt.

Diese Experten aus den Reihen des diplomatischen Corps, das den Vertrag ausgehandelt hat, des militärischen und zivilen Personals, das den Vertrag umgesetzt hat, und aus allen Bereichen des Lebens, die auf die eine oder andere Weise mit dem Vertrag zu tun hatten, hatten alle etwas zum aktuellen Stand der amerikanisch-russischen Rüstungskontrolle zu sagen.

Siehe auch: [\*Sometimes Humanity Gets it Right\*](#)

Mir ist aufgefallen, wie wichtig die Sprache bei der Festlegung der Erwartungen der verschiedenen Akteure an die Rüstungskontrolle ist. Worte haben eine Bedeutung, und einer der entscheidenden Aspekte jeder Rüstungskontrollverhandlung besteht darin, sicherzustellen, dass der Vertragstext in beiden Sprachen dasselbe bedeutet.

Als der INF-Vertrag ausgehandelt wurde, konnten die amerikanischen und sowjetischen Unterhändler auf eine jahrzehntelange Verhandlungsgeschichte zurückblicken, die sich auf den ABM-Vertrag (Anti-Ballistic Missiles), die SALT-Verhandlungen (Strategic Arms Limitation Talks) und den

START-Vertrag bezog und aus der ein gemeinsames Lexikon mit vereinbarter Rüstungskontrollterminologie hervorging.

Im Laufe der Jahre trug dieses Lexikon dazu bei, sowohl die Aushandlung als auch die Umsetzung verschiedener Rüstungskontrollvereinbarungen zu vereinfachen, da es sicherstellte, dass alle Beteiligten auf derselben Seite standen, wenn es darum ging, zu definieren, wozu man sich verpflichtet hatte.

Heute jedoch, nachdem ich diesen Veteranen der Rüstungskontrolle zugehört habe, ist mir klar geworden, dass es kein gemeinsames Lexikon der Rüstungskontrollterminologie mehr gibt – Wörter, die einst eine gemeinsame Definition hatten, bedeuten nun für verschiedene Menschen unterschiedliche Dinge, und diese Definitionslücke könnte – und würde – sich noch weiter vertiefen, da jede Seite ihre jeweilige Vision der Rüstungskontrolle ohne jeden sinnvollen Kontakt zur anderen Seite verfolgt.

### Das U.S. Lexikon



Gebäude zur Kontrolle der Raketenstation im Stanley R. Mickelsen Safeguard Complex, North Dakota, 1992. Im Rahmen des ABM-Vertrags war es den USA gestattet, ein einziges ABM-System zum Schutz eines Gebiets mit ICBM-Startanlagen zu installieren.

**Abrüstung.** Offensichtlich bedeutet Abrüstung nicht mehr das, was sie einst für die USA bedeutete – die tatsächliche, überprüfbare Beseitigung bestimmter Waffen und Fähigkeiten. Tatsächlich sind Abrüstung und ihr Pendant, die Reduzierung, in der amerikanischen Rüstungskontrollgemeinschaft nicht mehr en vogue. Stattdessen gibt es einen Rüstungskontrollprozess, der auf die Förderung der nationalen Sicherheitsinteressen ausgerichtet ist. Und mit Rüstungskontrolle meinen wir Aufrüstung.

Es scheint, als sei Amerika nicht mehr im Geschäft der Rüstungsreduzierung. Wir haben die ABM- und INF-Verträge gekündigt, und infolgedessen setzen wir eine neue Generation von ballistischen Raketenabwehrsystemen und Mittelstreckenwaffen ein. Das ist zwar schon beunruhigend genug, aber die wirkliche Bedrohung kommt, wenn das einzige verbleibende Rüstungskontrollabkommen zwischen den USA und Russland – der New-START-Vertrag – im Februar 2026 ausläuft.

Wenn zu diesem Zeitpunkt kein Ersatzvertrag mit ähnlicher Kapazität ausgehandelt, ratifiziert und zur Umsetzung bereit ist, dann ist das Konzept der strategischen Rüstungskontrolle völlig losgelöst von jedem Kontrollmechanismus. Die USA wären dann frei, ihr strategisches Atomwaffenarsenal zu modernisieren und zu erweitern. Abrüstung, so scheint es, bedeutet das genaue Gegenteil – Aufrüstung. George Orwell wäre stolz.

**Die Vermittlungsstelle.** Als der INF-Vertrag ausgehandelt und umgesetzt wurde, verfügten die USA über eine einzige Anlaufstelle für Rüstungskontrollfragen – die Arms Control and Disarmament Agency (ACDA). Die von Präsident John F. Kennedy Anfang der 1960er Jahre gegründete ACDA bildete die Grundlage für die Kontinuität und Kohärenz der US-Rüstungskontrollpolitik, selbst als das Weiße Haus den Besitzer wechselte.

Während zahlreiche bürokratische Akteure an der Formulierung und Umsetzung der US-Rüstungskontrollpolitik beteiligt waren, half die ACDA dabei, ihre oft konkurrierenden Visionen im Rahmen des so genannten Interagency-Prozesses zu steuern – einem System von Koordinierungsgruppen und Ausschüssen, das die verschiedenen Akteure an einen Tisch brachte, um eine einheitliche Vision für Abrüstung und Rüstungskontrolle zu entwickeln. Die Interagency war jedoch ein Prozess, keine eigenständige Einrichtung.

Wie sich die Zeiten geändert haben. Heute gibt es die ACDA nicht mehr. An ihre Stelle ist das getreten, was man als Vermittlungsstelle bezeichnet. Die Vermittlungsstelle ist nicht mehr nur ein einfacher Prozess, sondern hat sich zu einer eigenständigen politischen Instanz entwickelt, die mehr ist als nur die geballte Macht ihrer einzelnen Komponenten, sondern vielmehr eine sich abzeichnende Realität, die die rüstungskontrollpolitische Entscheidungsfindung beherrscht.

Die Vermittlungsstelle hat sich von einem Prozess zur Rationalisierung der Politikgestaltung entfernt und ist stattdessen zu einer singulären Einheit geworden, deren Aufgabe es ist, sich Veränderungen zu widersetzen und bestehende Machtstrukturen zu bewahren.

Während früher die verschiedenen Abteilungen und Agenturen, aus denen sich das nationale Sicherheitsunternehmen der USA zusammensetzt, den behördenübergreifenden Prozess so gestalten und formen konnten, dass er die Formulierung und Umsetzung politischer Maßnahmen erleichterte, dient die Vermittlungsstelle heute als permanente Bremse für den Fortschritt, ein Mechanismus, in dem neue politische Initiativen auf Nimmerwiedersehen verschwinden.

**Einziger Zweck.** Dies ist ein doktrinäres Konzept, das besagt, dass der einzige Zweck des amerikanischen Nukleararsenals die Abschreckung ist und dass amerikanische Nuklearwaffen nur dazu da sind, auf einen nuklearen Angriff gegen die USA so zu reagieren, dass die effektive Eliminierung der Nation oder Nationen, die die USA angegriffen haben, gewährleistet ist.

Der Begriff „einziger Zweck“ war mit dem Konzept der „Mutually Assured Destruction“ (MAD) verknüpft – die garantierte gegenseitige Vernichtung. Einziger Zweck/MAD war die Eckpfeiler-

philosophie der aufeinanderfolgenden amerikanischen Regierungen. Im Jahr 2002 gab die Regierung von Präsident George W. Bush jedoch die Zweck-Doktrin auf und vertrat stattdessen eine nukleare Haltung, die besagte, dass die USA Atomwaffen auch in bestimmten nicht-nuklearen Szenarien präventiv einsetzen könnten.

Als Barack Obama die Präsidentschaft erlangte, versprach er, diese Präemptionspolitik der Bush-Ära abzuschaffen, doch als er seine achtjährige Amtszeit als Oberbefehlshaber der USA beendete, blieb die Politik der nuklearen Präemption in Kraft. Obamas Nachfolger, Donald Trump, behielt die Politik der nuklearen Präemption nicht nur bei, sondern erweiterte sie sogar, um noch mehr Möglichkeiten für den Einsatz von US-Atomwaffen zu schaffen.

Joe Biden, der derzeitige Amtsinhaber im Weißen Haus, war mit dem Versprechen angetreten, die Ein-Zweck-Politik wieder auf ihren ursprünglichen Zweck zurückzuführen. Bei seinem Amtsantritt stieß Bidens Politik jedoch kopfüber auf die Vermittlungsstelle, die nach Aussage einer eingeweihten Person nicht für eine solche Änderung bereit war.

Stattdessen wurde der Begriff „einziger Zweck“ so weit umfunktioniert, dass er nun eine politische Haltung der nuklearen Präemption widerspiegelt. Sie haben richtig verstanden – dank der Vermittlungsstelle besteht der einzige Zweck amerikanischer Atomwaffen heute darin, auf Präventivschläge gegen drohende oder unmittelbare Bedrohungen vorbereitet zu sein. Die Vermittlungsstelle ist der Ansicht, dass dies das beste Abschreckungsmodell ist, um das allgemeine Wohl und den Wohlstand des amerikanischen Volkes zu fördern.

## Das russische Lexikon



Der Kreml (A.Savin, WikiCommons)

**Gegenseitigkeit.** Die Gegenseitigkeit ist die goldene Regel der Rüstungskontrolle: Was du willst, dass man dir tu, das füg auch keinem anderen zu. Sie war das Herzstück des INF-Vertrags – was für die Gans gut war, war auch immer gut für den Gänserrich. Kurz gesagt, wenn die Amerikaner die sowjetischen Inspektoren schlecht behandelten, konnte man garantieren, dass die amerikanischen Inspektoren in kurzer Zeit genau die gleiche schlechte Behandlung erfahren würden.

Die Gegenseitigkeit war das Konzept, das verhinderte, dass sich der Vertrag in Kleinigkeiten verzettelte, und das es dem Vertrag ermöglichte, die enormen Erfolge zu erzielen, die er erzielte.

Nach den Bestimmungen des neuen START-Vertrags darf jede Seite bis zu 18 Inspektionen pro Jahr durchführen. Vor der pandemiebedingten Einstellung im Jahr 2020 wurden von beiden Seiten insgesamt 328 Inspektionen durchgeführt, wobei die Regeln der Gegenseitigkeit fest verankert waren und eingehalten wurden.

Als sich beide Seiten Anfang 2021 darauf einigten, dass die Inspektionen wieder aufgenommen werden könnten, zeigten die USA jedoch, dass das Konzept der Gegenseitigkeit kaum mehr als ein Propagandatricks war, um Russland das Gefühl zu geben, in den Augen des Vertrages „gleichberechtigt“ zu sein.

Als die Russen im Juli versuchten, eine Inspektion durchzuführen, wurde dem Flugzeug, das das Inspektionsteam an Bord hatte, die Erlaubnis verweigert, den Luftraum der europäischen Länder zu durchfliegen, da nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine Sanktionen gegen kommerzielle Flüge von und nach Russland verhängt worden waren. Die Russen sagten die Inspektion ab.

Später, im August, versuchten die USA, ihr eigenes Inspektionsteam nach Russland zu entsenden. Die Russen verweigerten dem Team jedoch die Einreise mit dem Hinweis auf die Gegenseitigkeit – wenn die russischen Inspektoren ihren Inspektionsaufgaben nicht nachkommen könnten, würde dies auch den USA verwehrt werden.

Für Russland ist die Definition von Gegenseitigkeit ganz klar: Gleichbehandlung im Rahmen eines Vertrages. Für die USA ist die Gegenseitigkeit jedoch nur ein weiteres Konzept, mit dem sie ihre einseitigen Vorteile, die sie im Laufe der Jahre bei der Umsetzung des New-Start-Vertrags erlangt haben, gestalten und aufrechterhalten können.

**Vorhersehbarkeit.** Historisch gesehen bestand der Hauptzweck von Rüstungskontrollvereinbarungen darin, ein gemeinsames Verständnis der gegenseitigen Ziele und der Mittel zu ihrer Verwirklichung zu erreichen, damit über den vereinbarten Zeitraum hinweg ein Element der Stabilität durch die Vorhersehbarkeit der Vereinbarung gegeben ist.

Dies erforderte natürlich eine Einigung über Definitionen und Absichten sowie ein gegenseitiges Verständnis der vier Eckpunkte des Abkommens, insbesondere bei quantifizierbaren Themen wie den vertraglich begrenzten Gütern.

Im Rahmen des INF-Vertrags waren die Ziele für beide Parteien absolut: die vollständige Beseitigung der betreffenden Waffen, die zu einer unter den Vertrag fallenden Klasse gehörten. Deutlicher geht es nicht, und bis Mitte 1991 waren alle unter den Vertrag fallenden Waffen sowohl von den USA als auch von der Sowjetunion vernichtet worden.

Bei den anschließenden Inspektionen ging es vor allem darum, sicherzustellen, dass beide Seiten ihrer Verpflichtung zur endgültigen Vernichtung der zur Abschaffung bestimmten Waffensysteme nachkommen und keine neuen Waffensysteme herstellen oder einsetzen, deren Fähigkeiten nach den Bestimmungen des Vertrags verboten wären.

Im Rahmen von New START sind die Ziele weitaus nebulöser. Nehmen wir als Beispiel die Frage der Außerdienststellung von nuklearfähigen Bombern und U-Boot-gestützten ballistischen Raketen. Das Ziel ist es, eine konkrete Zahl zu finden, die dem Wortlaut und der Absicht des Vertrags entspricht.

Die USA haben sich jedoch verpflichtet, sowohl die B-52H als auch die Trident-Raketenabschussrohre an Bord der U-Boote der Ohio-Klasse auf eine Art und Weise außer Dienst zu stellen, die eine Umkehrung zulässt, was bedeutet, dass die im Vertrag vorgesehenen harten Obergrenzen, von denen die strategische Planung und Haltung abgeleitet wird, nicht absolut, sondern flexibel sind.

Daher müssen die russischen Strategieplaner nicht nur für eine Welt planen, in der die vertraglich festgelegten Obergrenzen in Kraft sind, sondern auch für die Möglichkeit eines amerikanischen „Ausbruchsszenarios“, bei dem die B-52H-Bomber und die Trident-Raketenabschussrohre wieder in Betrieb genommen werden.

Dieses Szenario ist buchstäblich die Lehrbuchdefinition von Unberechenbarkeit und ist der Grund, warum Russland der Idee, einen neuen Rüstungskontrollvertrag mit den USA auszuhandeln, misstrauisch gegenübersteht. Solange die USA eine Vertragsprache bevorzugen, die eine solche Unberechenbarkeit mit sich bringt, wird Russland höchstwahrscheinlich aussteigen.

**Rechenschaftspflicht.** Einer der am häufigsten zitierten Aussprüche, die aus dem INF-Vertrag hervorgegangen sind, lautet „Vertrauen, aber überprüfen“. Dieser Aphorismus trug dazu bei, den Vertrag durch den beispiellosen Erfolg der 13 Jahre andauernden Inspektionen (von 1988 bis 2001) zu führen. Nach dem Ende der Inspektionen wurde der „Verifizierungs“-Aspekt des Vertrags jedoch immer nebulöser und öffnete der Erosion des Vertrauens zwischen den USA und Russland Tür und Tor.

Ein zentraler Aspekt eines jeden Rüstungskontrollabkommens ist seine anhaltende Relevanz für die nationale Sicherheitslage der teilnehmenden Staaten. Zur gleichen Zeit, als die INF-Inspektionen ausliefen, kündigte die Regierung von Präsident George W. Bush den bahnbrechenden ABM-Vertrag (Anti-Ballistic Missile Treaty) von 1972.

Damit begaben sich die USA auf einen Weg, auf dem die Grundsätze, auf denen die Rüstungskontrolle jahrzehntelang beruhte – Abbau nuklearer Spannungen durch die Einhaltung von Abrüstungsgrundsätzen, die in sich gegenseitig verstärkenden, auf Dauer angelegten Vereinbarungen niedergelegt waren –, nicht mehr galten.

Durch die einseitige Aufkündigung des ABM-Vertrags öffneten die USA die Tür für die Stationierung von ABM-Systemen in Europa. Zwei Mk. 41 Aegis-Ashore-Raketenabwehrsysteme, die normalerweise als Teil der [Aegis-fähigen](#) Kreuzer und Zerstörer eines Schiffes eingesetzt werden, wurden stattdessen auf dem Boden in Rumänien und Polen installiert. Das Problem des Mk. 41-Systems besteht darin, dass die Abschussrampen entweder die SM-3-Rakete als Abfangjäger oder den seegestützten Marschflugkörper (Tomahawk) abfeuern können.

Russland erhob Einwände gegen den Einsatz des potenziellen Angriffssystems Mk. 41 am Boden und argumentierte, dass die USA damit den INF-Vertrag verletzen, indem sie einen bodengestützten Marschflugkörper einsetzen.

Die USA wiesen die russischen Behauptungen zurück und erklärten, die Aegis-Ashore-Startkonfiguration sei ausschließlich für den Abschuss von Boden-Luft-Raketen vorgesehen. Die USA weigerten sich jedoch, Russland den Zugang zu gewähren, der notwendig wäre, um die tatsächliche wissenschaftliche Grundlage für die Behauptung der USA, die Raketenbatterien seien nur für den Betrieb von Boden-Luft-Raketen konfiguriert, zu ermitteln.

Die USA behaupteten auch, dass es für die Mk. 41 unmöglich sei, den Tomahawk-Marschflugkörper oder eine Folgevariante der SM-3 oder der SM-6 Typhoon einzubauen, bei denen es sich um Boden-Boden-Raketen mit Reichweiten (bis nach Moskau) handelt, die den INF-Vertrag verletzen würden.

(Der Abzug dieser Raketen aus Polen und Rumänien war eine der Forderungen, die Russland im Dezember letzten Jahres in einem Vertragsentwurf an die USA stellte. Nachdem die USA dies abgelehnt hatten, intervenierte Russland in der Ukraine).

Wie schon beim ABM-Vertrag waren die USA durch den INF-Vertrag auferlegten Beschränkungen überdrüssig geworden. Die US-Militärplaner waren bestrebt, eine neue Generation von INF-Waffen in Stellung zu bringen, um der ihrer Meinung nach wachsenden Bedrohung durch China zu begegnen, dessen ballistische Raketenarsenale durch den Vertrag nicht eingeschränkt wurden.

Die ABM- und INF-Verträge waren für die USA nicht wegen irgendwelcher Aktionen ihrer Vertragspartner, der Russen, unbequem geworden, sondern wegen einer aggressiven, expansiven Vorstellung von der Machtprojektion der USA, die den Zweck der Verträge insgesamt in Frage stellte.

Rüstungskontrollverträge sind nicht dazu gedacht, die Ausweitung militärischer Macht zu erleichtern, sondern sie einzuschränken. Indem die USA vertragliche Verpflichtungen als entbehrlich ansahen, haben sie die gesamte Philosophie der Rüstungskontrolle in Frage gestellt.

Darüber hinaus drehte sich die Taktik der USA, die Glaubwürdigkeit des INF-Vertrags zu untergraben, darum, einen Fall angeblicher russischer Verstöße zu fabrizieren, der auf „Geheimdienstinformationen“ über die Entwicklung eines neuen russischen bodengestützten Marschflugkörpers, der 9M729, beruhte, die nach Ansicht der USA bewiesen, dass der neue Flugkörper gegen den INF-Vertrag verstößt.

Die Tatsache, dass die Erkenntnisse nie mit den Russen geteilt wurden, untergrub die Lebensfähigkeit der USA als Vertragspartner weiter. Als die Russen die tatsächliche 9M729-Rakete zur Inspektion anboten, um die USA davon zu überzeugen, im INF-Vertrag zu bleiben, weigerten sich die USA und hinderten nicht nur US-Beamte an der Teilnahme, sondern auch ihre NATO-Verbündeten.

Schließlich traten die USA im August 2019 aus dem INF-Vertrag aus. Weniger als einen Monat später führten die USA einen Testabschuss des Tomahawk-Marschflugkörpers aus einem Mk. 41-Abschussrohr durch. Die Russen hatten die ganze Zeit Recht gehabt: Die USA hatten den ABM-Vertrag aufgekündigt und die Stationierung sogenannter neuer ABM-Stützpunkte als Deckmantel für die Aufstellung INF-fähiger bodengestützter Raketen vor den Toren Russlands benutzt.

Und doch zahlen die USA keinen Preis - es gibt keine Verantwortlichkeit für diese Doppelzüngigkeit. Die Rüstungskontrolle, einst eine Bastion der nationalen Integrität und Ehre, wurde durch die Handlungen der USA auf den Status einer Lachnummer reduziert.

### **Kein Vertrauen mehr**

Ohne eine gemeinsame Sprache kann es keine gemeinsame Vision und kein gemeinsames Ziel geben. Russland strebt weiterhin Rüstungskontrollvereinbarungen an, die dazu dienen, die Arsenale der beteiligten Parteien zu begrenzen, um gefährliche Eskalationen zu verhindern und gleichzeitig den Beziehungen ein gewisses Maß an vorhersehbarer Stabilität zu verleihen.

Die USA streben nur nach einseitigen Vorteilen.

Solange dies nicht geändert wird, kann es keine sinnvollen Rüstungskontrollbeziehungen zwischen den USA und Russland geben. Nicht nur, dass der New START-Vertrag im Februar 2026 ausläuft, es ist auch unwahrscheinlich, dass die wichtigste Verifikationskomponente des Vertrags – Inspektionen vor Ort – bis dahin wiederbelebt wird.

Außerdem ist nicht absehbar, wie ein neues Rüstungskontrollabkommen, das den ausgelaufenen New-START-Vertrag ersetzen soll, in der kurzen verbleibenden Zeit ausgehandelt, ratifiziert und umgesetzt werden könnte. Es gibt kein Vertrauen zwischen Russland und den USA, wenn es um die Rüstungskontrolle geht.

Ohne Verträge gibt es keine Überprüfung der Realität. Sowohl das amerikanische als auch das russische Arsenal werden von vertraglichen Beschränkungen losgelöst, was zu einem neuen Wettrüsten führen wird, bei dem es nur eine Ziellinie geben kann – den totalen Atomkrieg.

Es gibt eine lange Liste von Dingen, die geschehen müssen, wenn eine sinnvolle Rüstungskontrolle jemals wieder ihren Platz in den diplomatischen Arsenalen der USA oder Russlands einnehmen soll. Bevor jedoch beide Seiten wieder miteinander reden können, müssen sie zunächst die gemeinsame Sprache der Abrüstung neu erlernen.

Denn die derzeitige Semantik der Rüstungskontrolle ist kaum mehr als ein Lexikon des Desasters.